

BLITZ-BRIEFING: JAHRESFEHLSTART DER AMPEL

I. Sachverhalt

Die Ampel hat einen Jahresfehlstart hingelegt. In vielen Bereichen kommt die Bundesregierung aufgrund interner Streitigkeiten gesetzgeberisch nicht voran. Das zeigt sich auch an der Tagesordnung der Kabinettsitzungen: Auf der Agenda standen in diesem Jahr bislang kaum substanzielle Gesetze. Die Kabinettszeitplanung gerät in Verzug, weil die Ressorts sich nicht auf Eckpunkte von im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekten verständigen können.

Ein Auszug aus dem stotternden Maschinenraum der Bundesregierung:

Ernährung und Landwirtschaft:

- Trotz vieler Ankündigungen des Landwirtschaftsministeriums gibt es weiterhin keinen Vorschlag für eine umfassende, verpflichtende Herkunftskennzeichnung.
- Die Forderung nach einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse ist am Widerstand von Finanzminister Lindner gescheitert.

Arbeit und Soziales

- Das sogenannte „Rentenpaket II“ wird aus dem Arbeitsministerium seit fast einem Jahr angekündigt. Bislang hat Arbeitsminister Heil jedoch keinen Vorschlag vorgelegt.

Bildung und Forschung

- Die Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro ist immer noch nicht bei den Studenten und Fachschülern angekommen.
- Für das zentrale bildungspolitische Projekt der Ampel, das „Start-Chancen-Programm“, mit dem sozial benachteiligte Schülerinnen und

Schülern unterstützt werden sollen, gibt es von Bildungsministerin Stark-Watzinger noch nicht einmal ein Konzept.

Verkehr und Digitalisierung

- Die von Verkehrsminister Wissing avisierte Planungsbeschleunigung beim Bau von Autobahnen (inklusive Brücken und Bundesstraßen), Schienen und Wasserstraßen scheitert am Widerstand der grünen Bundesministerien gegen den Neubau von Straßen.
- Die Bundesregierung hat es aufgrund des Streits zwischen Verkehrsminister Wissing und Umweltministerin Lemke versäumt, bei den CO₂-Flottengrenzwerten in Brüssel für eine technologieoffene Lösung einzutreten. Da sich Verkehrsminister Wissing mit seiner Forderung nach Technologieoffenheit nicht durchsetzen konnte, kam es aufgrund dieses Streits zu einem faktischen Aus für E-Fuels und synthetische Kraftstoffe.
- Bundesminister Wissing verschleppt den digitalen Infrastrukturausbau und legt bis dato keine neue Richtlinie für das am 31.12.2022 ausgelaufene „Graue-Flecken-Programm“ vor.

Gesundheit:

- Eckpunkte für eine Pflegereform, die für Ende 2022 angekündigt worden sind, liegen immer noch nicht vor.
- Die im Koalitionsvertrag vereinbarte regelhafte Dynamisierung des Pflegegeldes, die die Pflegebedürftigen deutlich entlasten würde, ist die Bundesregierung immer noch nicht angegangen.

Wirtschaft und Energie

- Die Ampel verstößt gegen das Klimaschutzgesetz. Auf Maßnahmen für ein Klimaschutz-Sofortprogramm kann die Regierung sich immer noch nicht verständigen. Wie dieser anhaltende Verstoß insbesondere im Verkehrsbereich künftig beseitigt werden kann, ist in der Regierung strittig.
- Die Kommissionspläne für einen „Green Deal Industrial Plan“ als Antwort auf den „Inflation Reduction Act“ der USA wurden präsentiert, ohne dass die Bundesregierung im Vorfeld eine klare und umfassende Positionierung in die Vorarbeiten der Kommission einbrachte. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium konnten sich etwa in der Frage des Beihilferechts nicht auf eine gemeinsame Linie verständigen. Die Uneinigkeit der Bundesregierung führt auch dazu, dass Deutschland sich als einer der wenigen Mitgliedstaaten selbst nach

Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags bislang nicht positionieren konnte. In einer Sitzung des „Ausschusses der Ständigen Vertreter“ am 01. Februar 2023 äußerten sich neben Deutschland nur Slowenien, Zypern und Malta nicht, da keine einheitliche Auffassung der Bundesregierung zum Kommissionsvorschlag existierte.

- Im Streit um die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke hatte Bundeskanzler Scholz in seiner Richtlinienentscheidung ein „ambitioniertes Energieeffizienzgesetz“ angekündigt. Vier Monate später gibt es hierfür noch keinen abgestimmten Gesetzentwurf der Bundesregierung.
- Die Umsetzung des im „Abwehrschirm“ angekündigten Belastungsmoratoriums für Unternehmen lässt weiter auf sich warten. Stattdessen werden den Unternehmen teils weit über EU-Vorgaben hinaus neue Pflichten auferlegt (siehe „Hinweisgeberschutzgesetz“).
- Die angekündigte Wasserstoffstrategie liegt nicht einmal im Entwurf vor.
- Ein neues „Bürokratieentlastungsgesetz“ ist über das Stadium der Ankündigung nicht hinausgekommen.
- Die Reform des Wettbewerbsrechts ist weiterhin strittig. Kabinettermine wurden immer wieder verschoben.

Außen -und Verteidigungspolitik

- Die Nationale Sicherheitsstrategie wird erneut verschoben: der Prozess steckt im Streit um Zuständigkeiten fest. Der Zeitplan, die Strategie zur Münchner Sicherheitskonferenz vorzustellen, konnte aufgrund der Uneinigkeit in der Bundesregierung nicht eingehalten werden. In zentralen Fragen (NATO 2%-Ziel, Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, Bundeskompetenzen beim Zivilschutz, Umgang mit China) herrscht Dissens. Dieser Streit steht exemplarisch für das zerrüttete Verhältnis zwischen Auswärtigem Amt, dem Bundesfinanzministerium und dem Kanzleramt.
- Die Nachbeschaffung des von der Bundeswehr abgegebenen Materials kommt nicht in Gang. Das Sondermögen für die Bundeswehr existiert auf dem Papier, materialisiert sich allerdings nicht in konkreten Ausschreibungen oder Bestellungen für die Streitkräfte.
- Außenministerin Baerbock bekommt den Stau bei der Visavergabe für Fachkräfte nicht in den Griff. Bewerber berichten von teils monatelangen Wartezeiten. Auf eine Anfrage unserer Fraktion kam heraus: Das Auswärtige Amt weiß nicht einmal, wie viele Visaverfahren

anhängig sind und wie lange die Bearbeitung dauert. Die Angaben werden dezentral an jeder einzelnen der 174 Visastellen gespeichert, eine zentrale Auswertung oder Statistik gibt es gar nicht.

Umwelt und Naturschutz

- Beim wichtigen Thema Kreislaufwirtschaft kommt die Regierung über Ankündigungen nicht hinaus. Die Voraussetzungen für einen verstärkten Einsatz von Recyclaten werden weiterhin nicht geschaffen. Auch beim angekündigten Recht auf Reparatur steht eine regierungsinterne Einigung weiterhin aus.

Kinder und Familien

- Zu den vom Familienministerium erstellten Eckpunkten für eine sogenannte „Kindergrundsicherung“ besteht schon innerhalb der Koalition keine Einigkeit, wie sich an der Ablehnung durch das Finanzministerium binnen eines Tages zeigt.

Finanzen

- Das zum Jahreswechsel lancierte Papier „Wachstumspaket 2023/24“ sah u.a. eine Super-AfA, steuerliche Behandlung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen und die generelle Reduzierung des Tarifs bei Einkommen- und Körperschaftssteuer für Unternehmen vor. Auch wurde ein „Steuerbürokratieentlastungsgesetz“ angekündigt, das eine grundlegende Inventur der Sozialversicherung hinsichtlich nachhaltiger Finanzierung vornehmen sollte. Passiert ist von all dem bisher nichts – keine Zeitpläne, keine konkreten Gesetzentwürfe.
- Auf dem WELT-Wirtschaftsgipfel kündigte Bundesfinanzminister Lindner ein „ambitioniertes Steuerprogramm“ an, das neue Abschreibungsmöglichkeiten und Investitionsprämien für Unternehmen beinhalten soll. Passiert ist nichts – keine Zeitpläne, keine konkreten Gesetzesentwürfe.

Justiz- und Innenpolitik

- Im Anschluss an die Silvesterkrawalle war aus der Ampel die Forderung nach einer schnellen Strafverfolgung zu vernehmen. Doch Justizminister Buschmann weigert sich, den „Pakt für den Rechtsstaat“ (Unterstützung des Bundes für Justizpersonal in den Ländern) neu aufzulegen.
- Auch vier Monate nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Vorratsdatenspeicherung gibt es keine Einigung zwischen Innenministerin Faeser und Justizminister Buschmann auf eine

Neuregelung zur Speicherung von IP-Adressen zur besseren Verfolgbarkeit von Straftaten im Bereich Kinderpornographie, Kindermissbrauch und Terrorismus.

- Die im Koalitionsvertrag vereinbarte „Rückführungsoffensive“ insbesondere hinsichtlich Straftäter und Gefährder bleibt weiter aus.
- Die Bundesregierung trifft weiterhin keine wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung der irregulären Migration nach Deutschland. Sie liegt mittlerweile auf dem höchsten Stand seit 2016. Die Kommunen sind bei Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Migranten am Limit und rufen nach der Hilfe des Bundes. Bis auf zwei – überwiegend symbolische – Flüchtlingsgipfel liefert die Bundesregierung keine wirksame Unterstützung.
- Innenministerin Faeser hat mehrfach angekündigt, die Bekämpfung von „Organisierter Kriminalität“ zu ihrem Arbeitsschwerpunkt zu machen. Doch noch immer hat Deutschland keine Gesamtstrategie für effektive Finanzaufklärung, Geldwäscheermittlung und Einziehung illegalen Vermögens.
- Der Vorstoß von Innenministerin Faeser zur Verschärfung des Waffenrechts wurde sogleich wieder von den FDP-geführten Bundesministerien kassiert.

Bauen und Wohnen

- Mit Amtsantritt hatte die Ampel-Regierung das selbstgesteckte Ziel ausgegeben, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – bauen zu wollen. Aber mittlerweile hat Bauministerin Geywitz einräumen müssen: Dieses Ziel wurde für das Jahr 2022 klar verfehlt. Für 2023 wird sogar mit einem weiteren, massiven Einbruch der Bauzahlen gerechnet. Zu erwarten ist, dass es auch im Jahr 2024 so weitergeht. Die Ministerin hat weiterhin keine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Wohnungsnot vorgelegt.

II. Unsere Position

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist eine konstruktive Opposition. Wo die Bundesregierung richtig liegt, unterstützen wir sie. Wo die Bundesregierung falsch liegt, legen wir Alternativvorschläge vor. Beispiele für unsere konstruktive Haltung sind das Sondervermögen für die Bundeswehr, der Erhalt des Prinzips des Förderns und Forderns beim „Bürgergeld-Gesetz“ sowie fraktionsübergreifende Initiativen zur Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg. Umso deutlicher kritisieren wir den ständigen Streit in der Bundesregierung, der die politische Handlungsfähigkeit Deutschlands bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen schwächt.

III. Sprachregelung

Die Ampel hat einen Jahresfehlstart hingelegt. Erst Ankündigung, dann Streit, schließlich Resultatlosigkeit: Das ist der Zyklus von Vorschlägen aus dem Kreis der Bundesregierung. Deutschland kann sich diese Tatenlosigkeit nicht länger leisten. Die Liste an vordringlichen politischen Aufgaben wächst stetig.

Auch im Jahr 2023 wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Rolle als konstruktive Opposition ausfüllen und dabei stets eigene Vorschläge unterbreiten.